

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der BSW-Fraktion

zu:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Starker Einsatz braucht starke Unterstützung - Herausforderungen und Perspektiven für die Feuerwehren im Land Brandenburg - Drucksache 8/1397 vom 07.07.2025

Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag Brandenburg spricht den Feuerwehrfrauen und -männern im gesamten Land seine höchste Anerkennung aus und würdigt ihren herausragenden, unermüdlichen Einsatz für die Menschen in unserem Land. Die Kameradinnen und Kameraden leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und stehen tagtäglich in erster Reihe, um Waldbrände und Brände auf landwirtschaftlich genutzten Flächen zu bekämpfen und Menschenleben zu schützen.

Die klimatischen Veränderungen und die damit einhergehenden Extremwetterereignisse verschärfen die Risiken von Waldbränden im Flächenland Brandenburg mit seinen weitläufigen Waldgebieten und der hohen Munitionsbelastung erheblich. Gleichzeitig ist menschliches Handeln die häufigste Ursache zur Entstehung von Bränden. Diese Entwicklung stellt die Träger des Brand- und Katastrophenschutzes vor wachsende Herausforderungen und macht entschlossenes politisches Handeln erforderlich.

Ein zentraler Bestandteil wirksamer Prävention ist die klimaangepasste Waldentwicklung. Mit dem gezielten Übergang zu strukturreichen, widerstandsfähigen Mischwäldern sowie Maßnahmen zur Renaturierung degradierten Flächen kann das Risiko großflächiger Brände nachhaltig verringert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf:

1. Den eingeschlagenen Weg der Unterstützung und Förderung der Feuerwehren und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen im Land Brandenburg konsequent fortzusetzen - insbesondere durch Investitionen in moderne Ausrüstung, Fahrzeuge und Schutzausstattung. Das schließt die Überprüfung und Anpassung der relevanten Rechtsgrundlagen ein.

2. Die Evaluation des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) voranzutreiben, mit dem Ziel, die gesetzlichen Grundlagen an die gestiegenen Anforderungen im Brand- und Katastrophenschutz anzupassen und praxisnah sowie zukunftsfest auszugestalten.
3. Die interkommunale, interdisziplinäre und länderübergreifende Zusammenarbeit im Waldbrandmanagement auszubauen und die vorhandenen Kompetenzen von Feuerwehren, Forstwirtschaft, Wissenschaft und Katastrophenschutz stärker zu vernetzen.
4. Dazu die kommunalen Aufgabenträger weiterhin gezielt zu unterstützen, um die personelle und technische Einsatzbereitschaft der Feuerwehren dauerhaft sicherzustellen.
5. Die Anstrengungen für einen vorbeugenden Waldbrandschutz, wie eine beschleunigte Umsetzung der klimaangepassten Waldentwicklung, die Schaffung von Brandschutzstreifen und eine bedarfsgerechte Löschwasserinfrastruktur in besonders gefährdeten Regionen, zu intensivieren.
6. Die gesellschaftliche Wertschätzung für das Engagement der Einsatzkräfte durch öffentliche Kampagnen und konkrete Anerkennung des Ehrenamtes weiter zu stärken.
7. Die Brandschutzerziehung und -aufklärung auszubauen und strukturell zu stärken, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich - und dabei das Projekt „Feuerwehr macht Schule“ gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern und den Feuerwehrverbänden weiter auszubauen. Dabei gilt es das Risikobewusstsein in der Bevölkerung zu erhöhen und präventives Verhalten zu fördern.
8. Die Errichtung des zweiten Standorts der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (LSTE) am Standort Wünsdorf zu forcieren, einschließlich eines leistungsfähigen Katastrophenschutzwarmlagers sowie des Waldbrandkompetenzzentrums, um die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte zu stärken und die Kapazitäten und Kompetenzen für den Waldbrand- und Katastrophenschutz bedarfsgerecht zu erweitern.
9. Das bestehende Angebot der zentralen Beschaffung durch den Zentraldienst der Polizei (ZDPol) für die kommunalen Träger des Brand- und Katastrophenschutzes zu erweitern, um eine effiziente und kostengünstige Versorgung der Einsatzkräfte landesweit sicherzustellen.
10. Den Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) des ZDPol als einen der leistungsfähigsten Räumdienste in Deutschland weiterhin umfassend zu fördern. Die Landesregierung soll sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und sich an den Kosten für die Beseitigung von Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg angemessen beteiligt.
11. Die bewährte Kooperation mit Bundesbehörden wie Bundeswehr, Bundespolizei und Technischem Hilfswerk (THW) eng zu gestalten und auszubauen - insbesondere hinsichtlich notwendiger Luftunterstützung, Personalgestellung und spezialisierter Fachberatung - um den zivilen Brand- und Katastrophenschutz im Land Brandenburg nachhaltig sicherzustellen.

12. Das Ministerium des Innern und für Kommunales wird gebeten, dem Ausschuss für Inneres und Kommunales Anfang des Jahres 2026 einen umfassenden Bericht zur Waldbrandsituation im Jahr 2025 im Land Brandenburg zuzuleiten, der Angaben zur Einsatzfähigkeit, zu Schadensereignissen, regionalen Schwerpunkten, sowie zu Fortschritten bei Bekämpfung, Prävention, und interdisziplinärer Zusammenarbeit enthält.

Begründung:

Der Brand- und Katastrophenschutz in unserem Land steht angesichts klimatischer Veränderungen und der weiter vorhandenen Belastung mit Altmunition vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Mit einer weiterhin vorausschauenden Unterstützung der Feuerwehren, gezielten Präventionsmaßnahmen und einer konsequenten klimaangepassten Waldentwicklung sowie der Förderung klimaangepasster Landnutzung kann das Land Brandenburg diesen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen. Dabei verdienen die Einsatzkräfte moderne Ausrüstung, bestmögliche Ausbildung und gute Rahmenbedingungen sowie sichtbare gesellschaftliche Anerkennung.